

SCHWEDEN

Moralische Führung

Energisch ergriff Samuel Pisar das Wort. „Es ist meine Pflicht“, sagte der französische Jurist, „die Stimme der Überlebenden zu Gehör zu bringen.“ Doch als der Anwalt und Autor auf dem Internationalen Holocaust-Forum in Stockholm von seinen Erfahrungen als „Heranwachsender in Auschwitz“ erzählte, waren die meisten Adressaten längst gegangen. Nach der Eröffnungszereemonie der bislang größten Holocaust-Konferenz hatte die versammelte Polit-Prominenz, mehr als 20 Staats- und Regierungschefs sowie Politiker aus 48 Nationen, den Saal beinahe fluchtartig verlassen – auch der Gastgeber, Schwedens Premier Göran Persson, war enteilt.

Der konnte allerdings zufrieden sein. Vor dem Hintergrund immer neuer Enthüllungen über die Kollaboration Schwedens mit Nazi-Deutschland und dem zunehmenden Terror schwedischer Neonazis gegen Ausländer hatte der Sozialdemokrat das Projekt „Lebendige Geschichte“ gestartet. Der dreitägige Gipfel sollte die Aufklärungskampagne krönen.

Wie erhofft gab es dafür Lob von allen Seiten. Israels Premier Ehud Barak

sprach gleich dem ganzen „Volk von Schweden unseren tiefsten Dank“ aus. Die Stockholmer Regierung, so sahen es Kommentatoren, habe erneut die „moralische Führung“ in Europa übernommen. Kein Wort mehr über die amtliche Unterstützung nationalsozialistischer Truppentransporte durch das eigentlich neutrale Land, über dessen Antisemitismus oder über die wirtschaftliche Unterstützung für die NS-Rüstungsindustrie.

Manche Politiker mochten geahnt haben, dass sie vornehmlich als Staffage dienen sollten. Frankreichs Lionel Jospin kam viel zu spät. Briten-Premier Tony Blair entschuldigte sich mit parlamentarischen Aufgaben. US-Präsident Bill Clinton schickte lediglich ein Video. Auch in deutschen Delegationskreisen wurde Unmut über das „Doppelspiel“ der Schweden laut. Kanzler Gerhard Schröder nutzte das Forum vor allem zu bilateralen Konsultationen. Mehrere dutzend Workshops und Arbeitssitzungen nach dem Eröffnungstag unterstrichen immerhin die „hohe Symbolik“ des Treffens, auch im Kampf gegen den „vernetzten Rechtsra-



Neonazis in Schweden



Stockholmer Holocaust-Forum

GROSSBRITANNIEN

Blamage für Blair

Obgleich die Regierung und die Führung der Labour Party mit allen Mitteln verhindern wollen, dass Ken Livingstone für das Amt des Bürgermeisters von London kandidiert, zeichnet sich dessen Sieg bei den parteiinternen Vorwahlen ab. Nach einer Untersuchung des „Guardian“ liegt Ex-Gesundheitsminister Frank Dobson trotz massiver Unterstützung durch die Regierung hinter dem populären „Red Ken“ Livingstone. Dies ist für Premier Tony Blair blamabel, weil er einen Vorwahlmodus durchsetzen ließ, der einzig das Ziel hatte, Livingstone auszuschalten. Statt allein durch eine Urwahl der Londoner Parteimitglieder bestimmen derzeit drei Gruppen den Kandidaten: die Londoner Abgeordneten im Unterhaus und im Europaparlament, die Gewerkschaften und die Parteibasis. Zwar liegt Livingstone bei den Parlamentariern und bei den Gewerkschaften zurück, doch bei den besonders wichtigen 50 000 wahlberechtigten Parteimitgliedern so weit vorn, dass ihm die Nominierung sicher scheint.

KENIA

Die Rückkehr der Mau Mau

Sie verabscheuen westliche Kultur, Stragen Rastalocken und nennen sich „Mungiki“ – einfache Leute: „Wir sind die wahren Söhne der Mau Mau“, sagen



Mitglieder der Mungiki-Sekte

die meist jungen Männer des Kikuyu-Volkes, die der neuen Sekte massenhaft beitreten. In der Mau-Mau-Bewegung hatten ihre Vorväter gegen die britischen Kolonialherren revoliert. Kenias Unabhängigkeitspräsident Jomo Kenyatta war ein Kikuyu. Doch Nachfolger Daniel arap Moi entmachtete den volkreichsten Stamm des Landes politisch. Sein Sturz gehört deshalb zu den

Zielen der neuen Sekte. Wie einst die Mau-Mau-Mitglieder treffen sich die Mungiki zu geheimen Vereidigungszeremonien. Um ihre Gemeinschaft zu besiegeln, trinken sie zuweilen das Blut einer gerade beschnittenen Frau. Die Regierung in Nairobi beobachtet besorgt, wie die Sekte wächst – schon folgen ihr mehr als 300 000 Mitglieder.



J. BERGMAN / GAMMA / STUDIO X

dikalismus in Europa“, so Michel Friedman, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Auch ihm wäre es allerdings weitaus lieber gewesen, „wenn die Authentizität der Überlebenden im Mittelpunkt gestanden hätte“ und die Politiker zunächst nur als Zuhörer in Erscheinung getreten wären.

CHINA

Falsche Stempel und Dokumente

Als Folge von Pekings Reform- und Öffnungspolitik wollen immer mehr Chinesen im Ausland arbeiten und studieren. Vor allem Deutschland ist ein beliebtes Ausreiseziel. Die Konsulate in Peking, Schanghai und Kanton konnten im vorigen Jahr den Ansturm zeitweise kaum bewältigen. Allein in der chinesischen Hauptstadt beantragten 1999 knapp 66 000 Bürger ein Visum – rund 18 Prozent mehr als im Vorjahr und 300 Prozent mehr als 1990. Gewachsen ist allerdings auch die Anzahl derjenigen, die sich mit gefälschten Einladungen, Zeugnissen und Stempeln eine Einreise-Erlaubnis beschaffen wollen. Sie erhalten offenbar Hilfe von professionellen Schlepperbanden. Diplomaten in Peking rechnen damit, dass zur Expo 2000 im Sommer in Hannover besonders viele Chinesen versuchen werden, mit gefälschten Dokumenten nach Deutschland zu gelangen. Das Wiesbadener Bundeskriminalamt hat inzwischen einen Experten ins Reich der Mitte entsandt, der die Konsularbeamten schulen soll, wie Fälschungen zu entlarven sind.

KROATIEN

Kriegsverbrecher werden ausgeliefert

Stipe Mesić, 65, Vorsitzender der oppositionellen Volkspartei, gilt als Favorit bei der Stichwahl um die Nachfolge des verstorbenen Staatschefs Franjo Tudjman am nächsten Montag.

SPIEGEL: Wie kommt es, dass Sie als Außenseiter einer Minipartei die anderen Kandidaten weit abgehängt haben?
Mesić: Weil ich klar sage, was das Volk denkt: Weg mit den mafiosen Strukturen des Tudjman-Clans, auf in die Nato und in die Europäische Union.
SPIEGEL: Wann soll das passieren?
Mesić: Wir haben kostbare Zeit verloren. Vor allem Tudjmans Machtspiele mit Serbiens Präsident Milošević um eine Aufteilung von Bosnien haben Kroatiens Ansehen sehr geschadet.



AFP / DPA

Vorwahlsieger Mesić, Anhänger

SPIEGEL: Bis 1994 haben Sie all diese Entscheidungen mitgetragen.
Mesić: Ich habe schon lange gewusst, dass unsere Regierungspartei HDZ keine demokratische Partei war, dass Kroatien im Chaos versinken wird, wenn es nicht gelingt, die HDZ in eine moderne westliche Partei zu verwandeln. Weil das nicht klappte, bin ich ausgetreten.
SPIEGEL: Kroatiens bestehende Verfassung gibt dem Präsidenten eine ungewöhnlich große Machtfülle.
Mesić: Das wird so nicht bleiben: Dekret-Politik wird es nicht mehr geben, unser System wird sich dem der EU-Staaten annähern.
SPIEGEL: Die EU kritisiert vor allem die fehlende Rechtssicherheit.
Mesić: Das soll sich ändern. Die Zusammenarbeit mit dem Uno-Kriegsverbrechertribunal hat für mich Priorität. Jeder mutmaßliche Mörder wird künftig ausgeliefert. Die aus der Krajina vertriebenen Serben dürfen zurück. Denn ich empfinde mich nicht, wie einst Tudjman, als Präsident aller Kroaten, sondern als Präsident aller Bürger Kroatiens.

Top Ten der teuersten Städte der Welt

Gemessen an europäischen Lebenshaltungskosten



STÄDTE

Teures Leben in Asien

Das Forschungsinstitut des Londoner „Economist“ veröffentlicht alle sechs Monate eine Rangliste der Lebenshaltungskosten in aller Welt. Stand zu Beginn des neuen Jahrtausends: Weitaus teurer als in Europa und den USA ist das Leben in Asien und Afrika. An der Spitze von 126 Städten stehen mit Abstand Tokio und Osaka. Schon im drittplatzierten Hongkong ist das Le-

ben um 30 Prozent billiger als in der japanischen Hauptstadt. Libreville im afrikanischen Ölstaat Gabun rückte auf den vierten Rang: Bestens bezahlte ausländische Spezialisten haben die Preise hochgetrieben für alle, die westliches Niveau

mit klimatisierten Häusern und Delikatessen aus Europa erwarten. Mit Oslo und Zürich führen in der alten Welt Städte aus nicht zur EU gehörenden Ländern. Als Folge des schwachen Euro sind die Kommunen des Euro-Raumes in den vergangenen Monaten durchgängig billiger geworden. Noch preiswerter als etwa in Paris lässt es sich in der US-Metropole New York leben, die Platz zwölf einnimmt. München als teuerste deutsche Stadt liegt an 24. Stelle. Der weltweite Vergleich der Lebenshaltungskosten hilft Firmen und Regierungen, die Auslandszulagen ihrer Mitarbeiter zu bestimmen.